

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 64 (1984)
Heft: 3

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aussenwirtschaft als hohe Kunst der Politik

Aussenpolitik im eigentlichen Sinn ist im schweizerischen Alltag kein Schwerpunktthema. Die Neutralitätsdoktrin lässt nach unserem Verständnis wenig Spielraum für spektakuläre Aktionen auf internationalem Parkett, etwa nach dem Muster österreichischer oder schwedischer Regierungschefs. In der Bundesversammlung gibt es denn auch kaum aussenpolitische Debatten mit öffentlicher Resonanz; und die wirklichen parlamentarischen Spezialisten der Aussenbeziehungen sind buchstäblich an einer Hand abzuzählen.

In einem Teilbezirk allerdings, dem der Aussenhandelsbeziehungen, wird die schweizerische Präsenz traditionell gross geschrieben. Nur wickelte sich diese Aktivität während Jahrzehnten fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit ab. Unsere Chefunterhändler wussten um den Vorteil, ohne begleitende Schlagzeilen ihre subtilen Fäden im komplizierten Netz der internationalen Abmachungen und Regelwerke spinnen zu können, und taten alles, um nicht selbst Anlass zu «Presserohstoff» zu geben. Das Parlament seinerseits war im allgemeinen vernünftig genug, die kunstvollen Kreise der legendären Handelsabteilung nicht ohne Not zu stören.

In jüngster Zeit drohen zwar auch diese Aussenbeziehungen vermehrt ins politische Kreuzfeuer zu geraten, jedenfalls soweit sie die Entwicklungspolitik betreffen, die auch hierzulande

bis zu einem gewissen Grad zum Tummelplatz ideologischer Schaukämpfe geworden ist. Dazu kommt, dass das internationale Wirtschaftsgeschehen in den letzten Jahren ohnehin immer komplexer geworden ist. Entsprechend ist 1978 aus der Handelsabteilung das «Bundesamt für Aussenwirtschaft» und aus dessen Direktor ein Staatssekretär geworden.

Am politischen Stil dieser Behörde hat sich bisher allerdings nichts geändert. Das ist in der Sache, in der internationalen Position unseres Landes, aber auch in der Persönlichkeit jenes Mannes begründet, der kürzlich sein 40-Jahr-Jubiläum im Dienste unserer Aussenwirtschaftspolitik feiern konnte und sie in den letzten zwei Jahrzehnten ganz entscheidend geprägt hat: *Paul R. Jolles*.

Für die schweizerische Wirtschaft und damit für das eidgenössische Gemeinwesen überhaupt war es seit jeher von geradezu existentieller Bedeutung, dass die weltweiten Handelsströme so gut als möglich offen gehalten werden konnten. Der Kampf gegen den Protektionismus war und ist deshalb eine zentrale Aufgabe unserer Politik, und zwar im Innern wie nach aussen. Gerade auf diesem Felde geht es nicht an, andern Wasser zu predigen und selbst Wein zu trinken. Die Auseinandersetzung mit dem Protektionismus hat mit andern Worten im eigenen Hause zu beginnen. So selbstverständlich entsprechende Abwehrreflexe ein-

zelner besonders gefährdeter Branchen oder Sektoren jeweils erscheinen mögen, so wichtig ist es, sie in vernünftigen Schranken zu halten, um unsere Freihandelskonzeption auf internationalem Parkett nicht zu kompromittieren.

Paul Jolles hat diese Doppelaufgabe mit überragender Sachkompetenz und ausserordentlichem politisch-diplomatischem Einfühlungsvermögen wahrgenommen. Seine *«Ausgewählten Reden und Aufsätze»*, die 1983 unter dem Titel *«Von der Handelspolitik zur Aussenwirtschaftspolitik»* erschienen sind, legen davon eindruckliches Zeugnis ab. Imponierend ist aber auch, mit welcher Hochachtung seine internationalen Gesprächspartner immer wieder von ihm sprechen.

In einem Vortrag über *«Die protektionistische Herausforderung: Antworten aus schweizerischer Sicht»* (1982) betonte Jolles, es sei entschei-

dend, *«dass in Wirtschaft und Politik die Motivation für eine offene Welt-handelsordnung gestärkt wird. Die Tatsache, dass bei der heutigen Verzahnung der Weltwirtschaft selbst Märkte von kontinentalem Ausmass, wie in den USA und Europa, ihre Wirtschaftsprobleme nicht isoliert zu bewältigen vermöchten, muss zur Überzeugung führen, dass der Protektionismus keine Lösung mehr darstellen kann.»* Jolles hat über die gezielte Wahrung der schweizerischen Interessen hinaus entscheidend zu dieser weltweiten Motivierung beigetragen. Wenn er nun in den Ruhestand tritt, so bleibt zu hoffen, dass es seinem Nachfolger und dessen Equipe ebenfalls gelingen wird, über die Bewältigung der Detailprobleme unserer Aussenwirtschaft hinaus positiv auf das generelle Welthandelsklima einzuwirken.

Richard Reich

Angebotsorientierte Beschäftigungspolitik

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – dies ist das primäre Ziel der Wirtschaftspolitik, auch in der Schweiz, obwohl sie Arbeitslosenraten ausweist, die dann, wenn das internationale Beschäftigungsniveau besser wäre, wohl als *volle* Auslastung des Faktor Arbeit bezeichnet würde. Diese Bemerkung soll lediglich der Relativierung des Problems dienen, nicht jedoch seine Bagatellisierung bezwecken. Niemand kann mit letzter Sicherheit angeben, was die Zukunft auf diesem Gebiet bringen wird. Die Aussichten sind momentan zwar nicht schlecht. Aber die Unsicherheiten bleiben bestehen.

Aus diesem Grunde ist auch die schweizerische Beschäftigungspolitik gut beraten, wenn sie ihre wirtschaftspolitischen Aktivitäten auf das Ziel der Beschäftigungserhaltung ein-schiesst.

Was ist wirtschaftspolitisch unter diesem Titel zu tun? Im Vordergrund steht heute eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, die unternehmerische Schlagkraft zu «optimieren». Es sollen Bedingungen geschaffen werden, die den Unternehmen den Weg zu besseren Leistungen erleichtern und nicht erschweren. Und weil sich die Unternehmen in der Regel auf der Ange-

botsseite der Märkte aufhalten, wird in diesem Sinne eben von angebotsorientierter Beschäftigungspolitik gesprochen. Sie ist keine neue Erfindung innovativer Ökonomen; vielmehr hat es sie schon immer gegeben. Nur stand sie eben lange Zeit, zu lange Zeit, im Schatten der fiskalistisch inspirierten Nachfragepolitik, die die Staatsausgaben immer mehr in die Höhe getrieben hat, gleichzeitig jedoch an Effizienz verlor. Was aber machen die Eidgenossen? Sie greifen, wie im letzten Ankurbelungsprogramm, noch immer mit Vorliebe in die Trickkisten von Keynes.

Angebotsorientierte Beschäftigungspolitik ist in der Regel deshalb wenig spektakulär, weil sie nicht im Hermelinmantel des «grossen Wurfes» einherstolztiert, sondern sich u. a. auch mit *aufwendiger Kleinarbeit* herumschlagen muss. Es geht darum, die einschlägigen Gesetze – das Arbeitsrecht, die Steuergesetze usw. – auf

Faktoren zu untersuchen, die auf der Unternehmensebene einen entscheidungshemmenden Einfluss haben. Ihre Eliminierung müsste im Visier stehen. Momentan exerziert die Bundesrepublik Deutschland diese Taktik vor. Verschiedene Arbeitsgruppen sind am Werk. Natürlich ist zuzugeben, dass die entscheidungshemmende Regulationsdichte in der Bundesrepublik zufolge der jahrelangen Dominanz einer sozialdemokratisch eingefärbten Wirtschaftspolitik um einiges grösser ist als in der Schweiz. Dies jedoch kann kein ausreichender Grund dafür sein, etwas nicht zu tun, was sich als wertvoller Beitrag zur Stärkung der Wirtschaft erweisen könnte. Die Schweiz schickt, wie andere Länder auch, Militärs auf das Manövergelände anderer Staaten. Wäre es nicht ebenso zweckmässig, Beobachter auch auf das wirtschaftspolitische Manövergelände des Auslandes zu schicken?

Willy Linder

Der neue Alte

Dass ein 72jähriger zum Generalsekretär des Zentralkomitees der Sowjetischen Kommunistischen Partei gewählt wird, ist noch nicht «Gerontokratie» – Präsident Reagan ist 73 gewesen und stellt sich zur Wiederwahl, der dynamische Präsident der Italienischen Republik, Sandro Pertini, ist hoch in den Achtzigern, und, man vergisst es, Khomeini ist 82. Wenn dennoch von der Moskauer Gerontokratie gesprochen werden darf, ist der Grund evident: Premierminister Tichonow, Verteidigungsminister Usti-

nov sind um einige Jahre älter als der Nachfolger Andropows, Konstantin Tschernenko.

Der Altersdurchschnitt im Politbüro, dessen Entscheidung das Zentralkomitee nur ratifiziert, wird immer höher. Noch sind die führenden Männer – in keinem Staat sind Frauen so wenig in der politischen Führung vertreten! – in ihren entscheidenden Jahren unter Stalin geformt worden. Wiegen aber die Tugenden der Kontinuität – man denke an die jahrzehntelange Präsenz, den Erfahrungs-

schatz des Aussenministers Gromyko – die Gefahren und Nachteile der Erstarrung auf?

Als Stalin starb, erwartete das Politbüro einen Ausbruch von Panik und grosse Unruhe, es hätte sonst nicht ausdrücklich davor gewarnt. Die Entmachtung Malenkows nach drei Wochen, die Absetzung Chruschtschews, das lange Sterben von Leonid Breschnew und Juri Andropow haben keine brutale Zäsur befürchten lassen. Der Personenkult um Breschnew und den die meiste Zeit unsichtbaren Andropow war bürokratische, formelhafte Routine, während der Stalinkult nicht nur ganz andere Ausmasse, sondern eine andere «Temperatur» hatte. Für den grausamsten der Führer Sowjetrusslands waren Zahllose bereit, ihr Leben zu opfern, manche, die er hinrichten liess, riefen zuletzt: «Lang lebe Stalin». Die Sowjetunion hat sich nie wie Hitlerdeutschland formell zum Führerprinzip bekannt und hat dennoch dem «Voschd» mehr Allwissenheit zugeschrieben als selbst die Getreusten dem Führer. Die Zahl der Intellektuellen – viele in ihrem Bereich bedeutend –, die sich bedingungslos zu Stalin bekannten, war immens.

Die Bevölkerung des nachstalinischen Obrigkeitsstaates hat nicht mehr ein Liebesverhältnis mit dem ersten Mann, sieht nicht sich, sondern nur den Staat «da droben» von ihm verkörpert. Es ist kein Geheimnis, dass es trotz aller Personalisierung seit Stalins Tod eine kollektive Führung gibt. Die Entmachtung Chruschtschews, der sich durch Unberechenbarkeit und Redelust von den Bürokraten abhob, hat es bewiesen. Bleibt allerdings die Frage, warum handlungsunfähige, schwerkranke Alte nicht in allen Ehren

pensioniert werden können. Vor einigen Monaten sagte ein Kenner: «Andropow ist der Name, den sich derzeit die regierende Gruppe gibt.»

Erstaunlich, wieviel der Westen von Andropow, der als Patient und Übergangsfigur ins höchste Amt kam – 17 Jahre NKWD, 15 Monate Partei- und Staatschef – gewusst haben wollte, z.B. dass er die mit «Andropow» unterzeichneten Briefe und Botschaften selber schrieb. Rudolf Augstein, der vor zehn Monaten Andropow «bei guter Gesundheit» fand, will diesmal («Der Spiegel» vom 13. Februar) wissen: «Seine Liebe zu Ungarn wurde er nicht los.» Andere behaupteten, Andropow habe gegen den Einmarsch in Afghanistan gestimmt. Unbewiesene Mutmassung oder gezielte Desinformation – gleichviel: alles angebliche Wissen zeugt nur für die Bereitschaft, die Neugier der Leser zu befriedigen – was bei westlichen Politikern nicht schwer ist. Aus Ronald Reagan eine «Hassfigur» zu machen, ist kein Kunststück – auch wenn sein Tun viel vorsichtiger ist als sein manchmal entsetzliches Reden. Die Sowjets kämpfen in Afghanistan bereits länger als im Zweiten Weltkrieg, aber deutsche Politiker wussten, wie «Breschnew um den Frieden zittert» – sagte er es ihnen doch selber.

Der neue alte Mann setzt – soviel scheint klar – Breschnew und nicht Andropow fort. Die Vertreter der NKWD, der Streitkräfte sind über die mangelnde, sogar sinkende Effizienz der Wirtschaft beunruhigt, möchten rationellere Leistung und sind bereit, auch Unruhe unter den höchsten Kadern in Kauf zu nehmen. Ein Apparatschik beruhigt zunächst die Seinen.

Die westliche Vermutung, dass die

Sowjetführung gerne ihren Bürgern ein besseres Leben, reichlichere Versorgung von höherer Qualität bieten würden, ist fragwürdig. Noch fragwürdiger die Behauptung, dass nur der böse Westen den Russen dieses bessere Leben nicht gönne. Das militärische Establishment ist Teil der steten inneren Disziplinierung und des Sowjetpatriotismus, der mehr hochgespielt wird als der «Marxismus-Leninismus».

Sechs Führer in 66 Jahren – darunter die drei Wochen Malenkow, die 15 Monate Andropow – dafür findet sich im Westen kein Vergleich.

Eines ist wahrscheinlich verkehrt:

in den inneren Starrheiten oder Entwicklungen mehr eine Reaktion auf äussere Gegebenheiten zu sehen als auf die Existenzbedingungen des Systems selber. Dieses hat sich gegen einen extrem tüchtigen, grausamen, die wichtigsten Territorien besetzenden Feind gehalten und fühlt sich seither nicht wirklich «eingekreist», sondern gedrängt, seinen eigenen Kreis, zu dem eroberte und beherrschte Völker gehören, zu behaupten, und, wenn sich die Chance bietet, zu erweitern. Und das meist vorsichtig, wenn direkte Machtkonfrontierung droht.

François Bondy

Kultur und Krise im Bundesamt

Der *Gegenvorschlag des Bundesrates zur Kulturinitiative* liegt seit einiger Zeit vor. Die Botschaft dazu liess auf sich warten. Noch ehe sie bekannt wurde, gab es im Bundesamt für Kulturpflege, das für Entwurf und Redaktion der Botschaft zuständig wäre, Dissonanzen und nach aussen dringende Kräche, schliesslich – schön gestaffelt – eine Reihe von Kündigungen, die den Redaktionsrückstand des Amtes erklären, aber nicht entschuldigen. Es hat, nach Eingang und Verarbeitung der Vernehmlassungen zur Kulturinitiative, reichlich lang gedauert, bis nur schon der Gegenvorschlag formuliert war, obwohl seit langem feststand, dass der Bundesrat einen solchen wünschte. Die akute Krise im Bundesamt für Kulturpflege hat vermutlich mehrere Gründe. Zum Teil liegen sie in der Person des Direktors,

der zwischen bürokratischer Starre und Farblosigkeit und geschickter, ideenreicher Ausnützung der jetzt schon bestehenden Möglichkeiten kulturpolitischer Aktivitäten des Bundes eine unentschlossene und eher zögernde Haltung einnimmt. Zum Teil sind sie auch darin zu suchen, dass Denkmalpflege und Kunstförderung, seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in den Aufgabenkatalog des Bundes aufgenommen, in den amtlichen Verfahrensmustern und bürokratischen Bräuchen ein Eigenleben entwickelt haben, ähnlich der in diesem Jahrhundert dazugekommenen Filmförderung. Der Zusammenhang, das sich wandelnde Kulturverständnis und Kulturleben hatten da kaum Chancen. Dass *Kulturpolitik* die kulturelle Infrastruktur, die Informationsdichte und die Informationsqualität,

die Erforschung und Beachtung der kulturellen Bedürfnisse aller Teile der Bevölkerung umfasst und dass sie vor allem beweglich sein muss, aufmerksam auf die Veränderungen sozio-kultureller Art, die unsere Gegenwart von derjenigen unserer Väter und Grossväter unterscheiden, haben jüngere Beamte im Bundesamt für Kulturpflege zur Geltung bringen wollen. Die Fälle liegen verschieden, aber Resignation und selbst Frustration sind ihnen gemeinsam. Das Tauziehen um die Kulturinitiative mag zusätzlichen Konfliktstoff geliefert haben. Als Stichworte nenne ich: materielle Interessen der Initianten gegen den Versuch, Kulturpolitik umfassender zu verstehen; Subventionsabsicherungen gegen das Bestreben, Animation und Partizipation zu fördern. Beide, so hat es den Anschein, einander widerstrebende Tendenzen waren innerhalb des Bundesamtes für Kulturpflege vertreten. Der Direktor indessen vermochte weder zu vermitteln noch zu entscheiden. In der Botschaft zum Gegenvorschlag muss jedoch Stellung bezogen werden. Vielleicht ist sie in dem Augenblick, in dem diese Zeilen geschrieben werden, endlich doch unterwegs?

Der Gegenvorschlag zur Kulturinitiative

Der Gegenvorschlag des Bundesrates hat folgenden Wortlaut:

1. Bei der Erfüllung seiner Aufgaben berücksichtigt der Bund die kulturellen Bedürfnisse aller Teile der Bevölkerung sowie die kulturelle Vielfalt des Landes.

2. Der Bund kann die Kulturförderung der Kantone unterstützen und eigene Massnahmen treffen.

Die Attraktivität eines zündenden Manifests hat dieser zweiteilige Artikel allerdings nicht, aber das ist auch nicht der Zweck einer verfassungsrechtlichen Grundlage, die den Bund zu kulturpolitischen Massnahmen ermächtigt und verpflichtet. Von der Sache her gesehen, ist gegen die etwas kümmerliche Formulierung gar nichts einzuwenden, es sei denn, man bedaure doch, dass im trockenen Gegenvorschlag mit keinem Wort von der Verpflichtung die Rede ist, Animation und Vermittlung zu fördern und die schöpferischen Kräfte der Gegenwart in ihrer Entfaltung zu begünstigen. Andererseits aber lässt die karge Fassung immerhin diese und andere Aktivitäten des Bundes zu. Es wäre im Rahmen dieses Verfassungsartikels möglich, nicht nur die Forderungen der Kulturinitiative zu erfüllen, sondern auch, was diese Initiative wegen ihres zu eng gefassten Kulturbegriffs eher ausschliesst, und das ist für mich entscheidend.

Die Initianten haben bereits angekündigt, sie hätten die Absicht, an ihrem Text festzuhalten. Aus Kreisen der Künstler ist zu hören, mit dem Wegfall des «Kulturprozents» seien der Initiative «die Zähne gezogen» worden. Sie wollen offensichtlich einfach Geld; was denn nun die Kultur sei, die dabei gemeint ist, halten sie wohl für sonnenklar.

Und doch müsste man spätestens seit der Mammutübung des Clottu-Berichts eine Ahnung davon haben, dass genau dem so nicht ist. Eine der wichtigsten und zukunftssträchtesten Forderungen dieses Berichts ist die, ein nationales schweizerisches Dokumentations- und Studienzentrum für Kulturfragen zu gründen. Was da zusam-

menkäme und was sich daraus als Material für kulturpolitische Konzepte ergäbe, deckt sich mit Sicherheit nicht mit den Vorstellungen, von denen die Kulturinitiative ausgeht.

Kulturpolitik und Kulturförderung

Vielleicht wäre es gut, zur Klärung der Standpunkte auch die Begriffe klar auseinanderzuhalten, mit denen in einschlägigen Diskussionen operiert wird. *Kulturpolitik* ist nicht gleichbedeutend mit *Kulturförderung*. Sie umfasst mehr, sie schafft die Voraussetzungen, sie kümmert sich um die Bedingungen, unter denen kulturelles Leben stattfindet. Der Streit um etablierte oder alternative Kultur wird innerhalb des Rahmens ausgetragen, den ihm die Kulturpolitik schafft. Ihre Aufgabe ist es nicht, diesen Streit zu entscheiden; sie muss ihn nur ermöglichen. Sie hat dafür zu sorgen, dass unterschiedliche Bedürfnisse nicht einem Einheitsdiktat zum Opfer fallen. Durch Dokumentation und Information hält sie das Bewusstsein wach für alles, was ursprünglich, eigenartig und einzigartig ist. Kulturpolitik ist der Oberbegriff. Kulturförderung ist eine mögliche Konsequenz, vorwiegend in Fällen, in denen wünschbare Entwicklungen nicht recht vorankommen, Versuche der Ermutigung bedürfen. Kulturförderung sollte sich vorwiegend auf jene Bereiche des Kulturlebens richten, die eher schwach ausgebildet sind und sich selber nicht erhalten können. Sie begünstigt insbesondere das zeitgenössische Schaffen.

Im Sinne einer vernünftigen und zweckmässigen Aufgabenteilung könnte Kulturpolitik im beschriebenen

Sinne, also Schaffung der Rahmenbedingungen, Dokumentation und Information, vorwiegend Sache des Bundes sein, Kulturförderung vorwiegend Sache der Kantone, wobei es Sparten geben mag, in denen die Hilfe des Bundes unerlässlich ist. Da kann er sich dann seines spezialisierten und bewährten Instruments, der Pro Helvetia bedienen.

Die überfällige Debatte

Die Kulturinitiative, sagten seinerzeit die Initianten, sollte endlich die Debatte auslösen, die hierzulande hartnäckig versäumt werde. Es ist bis jetzt nicht dazu gekommen. Das Vernehmlassungsverfahren, dessen Ergebnisse publiziert worden sind, hat sie auch nicht ausgelöst. Man kann sich fragen, ob sich das ändern werde, wenn das Geschäft einmal dem Parlament vorliege, ändern auch im Vorfeld der Volksabstimmung. Grosse Hoffnungen darf man sich da nicht machen.

Die Vorgänge im Bundesamt für Kulturpflege, die gerade nur als personelle Krise und als «Führungsschwäche» ein paar kurze Kommentare bekamen, müssten eigentlich deutlich machen: Kulturpolitische Fragen und Probleme – und dazu gehören durchaus auch die, mit denen sich die Pro Helvetia auseinanderzusetzen hat –, werden dem interessierten Teil der Öffentlichkeit zu wenig vermittelt. Es gibt viel zu wenig Öffentlichkeitsarbeit auf diesem Gebiet. Jahresberichte, in denen man Rechenschaft über die eigene Tätigkeit ablegt und ein paar Beispiele erfolgreicher Aktivitäten vorführt, genügen da bei weitem nicht. Als es seinerzeit

darum ging, das Kulturzentrum in Paris zu erwerben, konnte man feststellen, dass die Pro Helvetia und allgemein die Belange der Kulturförderung auf Sympathien in der Bevölkerung zählen können. Aber wird eigentlich dieses nicht ganz unwichtige Potential sinnvoll genutzt? Es sind, zugegeben, sowohl beim Bundesamt für Kulturpflege (in der Filmförderung zum Beispiel) wie bei der Pro Helvetia (in fast allen Bereichen ihrer Tätigkeit) Ermessensfragen, die zu entscheiden sind. Und ausserdem sind es Fragen, die sachgerecht wohl nur durch Fachleute beurteilt werden können. Entscheide über konkrete Fälle der

Kulturförderung einem demokratischen Verfahren zu unterstellen, wäre nicht gut. Aber man möchte diese Fachleute ihre Beweggründe und ihre Kriterien, man möchte sie ihre kulturpolitischen Grundsätze und Methoden offen darzulegen ermuntern. Denn sonst ist die Gefahr nicht gering, dass sich da jederzeit ein Regime der grauen Eminenzen etablieren kann, und es ist nicht ausgeschlossen, dass es im Bereich eidgenössischer Kulturpflege und Kulturförderung diese grauen Eminenzen tatsächlich gibt. Das ist der Sache abträglich. Das verhindert die Debatte, die überfällig ist.

Anton Krättli



KUONI

Mallorca Parque Mar

Das Kuoni-Feriendorf für die aufgestellte Familie.

Kuoni-Woche ab 584.-
alle Kinder zum halben Preis,
d.h. ab 292.-.

FARNER 023.V



Ihr Ferienverbesserer

Kuoni-Reisen können Sie in allen Kuoni-Filialen oder in Ihrem Reisebüro buchen.